

Sozialwirtschaft in Misskredit

Zum Stern Artikel „Die Hilfsindustrie“, Februar 8/2011

Erneut steht die Sozialwirtschaft am öffentlichen Pranger.

Gespeist durch fragwürdiges Gebaren eines Maserati fahrenden Geschäftsführers aus Berlin, der in einem grundlegend falschen Verständnis seines sozialen Auftrags und seiner persönlichen Bedeutung mit einem exorbitanten Gehalt nach Hause gefahren ist, wird ein falsches und medienwirksam überzogenes Bild eines wichtigen Wirtschaftszweiges gezeichnet.

Selbst bei wohlwollender Betrachtung des Stern-Artikels stellt sich die Frage, warum aus streckenweise zynischen Bewertungen und voreiligen Interpretationen so falsche Rückschlüsse gezogen werden müssen.

Eine angemessene Würdigung der Arbeit der Wohlfahrtspflege unter Anerkennung der Arbeit tausender engagierter Mitarbeiter/innen sowie ehrenamtlich Tätigen in Verbänden und in Vereinen mit kritischen Fragestellungen hätte es auch getan. Polemik und reißerische Zitate täuschen hinweg über gesamtgesellschaftliche Veränderungen und Auswirkungen auf die Freie Wohlfahrtspflege und deren neuen Funktionen – entstanden aus Versagen von Staat und Markt.

Wir, die Brücke Schleswig-Holstein, laden die Autoren dieses Artikels nach Schleswig-Holstein ein. Vor Ort wollen wir ihnen gemeinsam mit Menschen, die unsere Hilfen nutzen, Einblicke in den Alltag Betroffener und der sie begleitenden professionellen und ehrenamtlichen Helfer/innen geben:

Einem Alltag, in dem die Hürden zur Inanspruchnahme von staatlichen Hilfen immer höher werden.

Einem Alltag, in dem Menschen in persönlichen Hilfeplangesprächen mit dem Leistungsträger einem stetig steigenden ökonomischen Druck ausgesetzt sind.

Einem Alltag, in dem ein gesetzlich verbrieftes Wunsch- und Wahlrecht häufig keine Anwendung findet, weil nicht die Leistung des Leistungserbringers zählt sondern nur noch der Preis.

Einem Alltag, in dem es uns als den Leistungserbringern immer schwerer gemacht wird, auf die komplexen Bedürfnisslagen Hilfebedürftiger zu antworten und

gleichzeitig unsere Unternehmen so zu führen, dass der Verantwortung für die beschäftigten Mitarbeiter/innen nachgekommen wird.

Mangelnde Transparenz in wirtschaftlichen Fragen wird uns Sozialen vorgeworfen, auch kreative Entwicklung beim Umgang mit Überschüssen.

Dabei ist die Frage der Transparenz bei einer GmbH – und viele im PARITÄTISCHEN organisierte Soziale arbeiten unter dieser rechtlichen Form – sehr schnell beantwortet: Ein Blick in den elektronischen Bundesanzeiger reicht. Wir sind zur Publizität unserer Jahresabschlüsse verpflichtet. Regelmäßig im Jahr sind Wirtschaftsprüfer bei uns im Haus, um jede noch so kleine Aufwendung zu überprüfen.

Ja, wir Sozialen handeln wirtschaftlich und dabei verantwortungsvoll: Überschüsse sind notwendig, um Handlungsraum für betroffene Menschen, für das sozialwirtschaftliche Unternehmen und für die Beschäftigten zu garantieren.

Überschüsse sind notwendig, um Zeiten schlechter Auslastungen zu überstehen: wenn Leistungsträger spontaneistisch Sparpolitik betreibend auf Betreuungsqualität verzichten und Billiganbieter nutzen.

Überschüsse sind notwendig, um auch dann hilfebedürftigen Menschen Betreuungskontinuität zu geben, wenn Leistungsträger berechnete Ansprüche über Monate hinweg verweigern – und wir diese erfolgreich für betroffene Menschen einklagen.

In der Industrie wird kräftig subventioniert. Trotzdem verhindert dies oft keinen Personalabbau. Diese Form der Personalpolitik können und wollen wir nicht betreiben. Auch hier greifen wir zurück auf Überschüsse, wenn die Umsatzzahlen kurzfristig einbrechen.

Abschließend diese Richtigstellung: Kein Unternehmen der Wohlfahrtspflege kann einfach entscheiden, eine neue Einrichtung aufzubauen, wenn das der Leistungsträger nicht später auch durch eine ausreichende Belegung unterstützt. Insofern ist in erster Linie der Leistungsträger für das Angebot der Hilfen entscheidend, orientiert an den sich wandelnden Nöten der Menschen. Da hilft auch keine politische Lobby, wenn beispielsweise der Kreis als Leistungsträger kein Geld mehr hat.

Fazit?

Nicht ein laxes Diagnoseverhalten behandelnder Ärzte führt zum Anstieg der Hilfen, sondern Wertewandel und zunehmende Vereinzelung mit Verlust kollektiver Zusammenhänge in unserer Leistungsgesellschaft führt zum Anstieg der Hilflosigkeit. Höher, weiter, schneller lautet die Anforderung, Multitasking steht im Vordergrund. Wer den Druck nicht mehr aushält, wer nicht mehr mithält, bekommt Probleme. Wir als Träger der Freien Wohlfahrtspflege übernehmen immer mehr sozialwirtschaftliche Aufgaben und kommen dadurch in Misskredit: einerseits betroffenen Menschen in sozialen Nöten schnellstmöglich und angemessen helfen – hier wird sozialpolitisch auf unsere Hilfen und deren Ausbau gesetzt; andererseits wird gleichzeitig gesellschaftspolitisch von uns erwartet, dass wir mit und in unserer sozialen Arbeit Kosten senken und uns reduzieren. Wir würden uns sehr freuen, wenn die eingeladenen Autoren vom Stern diesen Widerspruch bei ihrem Besuch erleben. Gern würden wir mit ihnen und über die Medien Fragen zum Wandel des Sozialen in Zeiten nach dem Wirtschaftswunder erörtern.

Wolfgang Faulbaum-Decke

Geschäftsführer Brücke Schleswig-Holstein gGmbH

Vorsitzender Dachverband Gemeindepsychiatrie e. V.